

08.10.2019 – 15:40 Uhr

ikr: Hochbautenbericht 2020 verabschiedet

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 8. Oktober 2019 den Bericht und Antrag betreffend die mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2020) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Der Hochbautenbericht wird seit 2001 jährlich aktualisiert und bildet eine der wesentlichen Grundlagen für die Budget- und Finanzplanung im Bereich der Instandsetzungen und des Neubaus staatlicher Hochbauten.

Das gesamte Immobilienportfolio des Landes Liechtenstein in den Bereichen Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten mit einem Wert von aktuell rund CHF 660'000'000 umfasst per Ende 2019 insgesamt 98 Gebäude: 65 Gebäude stehen im Eigentum des Landes und 33 Gebäude werden gemietet. Zusätzlich sind vier gemeindeeigene Objekte im Schulbautenbereich zu erwähnen (Hallenbad und Turnhalle in Triesen sowie Hallenbad und Turnhalle in Balzers), an welchen sich das Land finanziell beteiligt.

Für die strategische Planung von Hochbauprojekten sind im generellen Hochbauplanungskredit für das Jahr 2020 CHF 300'000 budgetiert. Diese Mittel werden eingesetzt, um Bauvorhaben, die sich in einer frühen Planungsphase befinden, zu analysieren, deren Notwendigkeit bzw. Machbarkeit zu prüfen und in Form von Studien als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen aufzubereiten.

Im investiven Bereich der Verwaltungsbauten (Neubauten) sind für das Jahr 2020 Finanzmittel in der Höhe von CHF 3'000'000 für das neue Dienstleistungszentrum der Liechtensteinischen Landesverwaltung am Giessen in Vaduz vorgesehen. Im investiven Bereich der Schulbauten sind in Bezug auf das Bauvorhaben betreffend den Ersatzbau für den "Trakt G" und für eine zusätzliche Massnahme zur Schaffung von Schulraum für die Schülerinnen und Schüler der Realschule Schaan (Kloster St. Elisabeth) samt Sportklassen der Sekundarstufe I beim Schulstandort Mühleholz in Vaduz sowie für den Neubau des Schulzentrums Unterland II in Ruggell CHF 1'150'000 budgetiert.

Für Bautätigkeiten im Instandsetzungsbereich staatlicher Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten (Erneuerungen, Umbauten, Erweiterungen, Sanierungen) sind für das Jahr 2020 Finanzmittel in der Höhe von CHF 11'480'000 budgetiert.

Die Bewirtschaftungskosten ohne Instandsetzungskosten (das sind Betriebs- und Instandhaltungskosten) der staatlichen Liegenschaften belaufen sich derzeit jährlich auf rund CHF 8'000'000 bis 8'500'000. Darin enthalten sind die Kosten für Bewachung, Reinigung, Energie, Wasser und Instandhaltung.

Für die Miete von Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten sind für das Jahr 2020 rund CHF 6'800'000 budgetiert. Seit Beginn der Umsetzung der Liegenschaftsstrategie für Verwaltungsbauten im Jahr 2012 konnten Einsparungen bei den Mietkosten von rund CHF 2'700'000 pro Jahr realisiert werden.

Kontakt:

Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport
Amt für Bau und Infrastruktur
Romano Kunz, Leiter
T +423 236 68 40

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100833573> abgerufen werden.